

Treffen der Regionalgruppe der Initiative für evangelische Verantwortung bei Heidesand

Genossenschaften im Wandel

05.12.17



©Ujen

Die Teilnehmer der Regionaltagung auf dem Firmengelände der Heidesand Raiffeisen-Warengenossenschaft.

Scheeßel - Ist wirtschaftliches Wachstum Fluch oder Segen? Und wie lassen sich christliche Werte im unternehmerischen Alltag verwirklichen? Diesen und weiteren Fragen stellten sich 45 Unternehmer aus dem Landkreis Rotenburg und

umzu. Die Regionalgruppe Elbe-Weser der Initiative für evangelische Verantwortung in der Wirtschaft hielt in Scheeßel bei der Heidesand Raiffeisen-Warengenossenschaft ihre Tagung ab. Das Thema lautete: „Genossenschaften im Spannungsfeld von Politik, Gesellschaft und Markt“.

Klar, Raiffeisen-Warengenossenschaften stünden heute zwischen dem Lebensmittelhandel und der Landwirtschaft. Da könnten die evangelisch orientierten Unternehmer nur beipflichten, so Heidesand-Geschäftsführer Klaus-Dieter Masselink. Die Anzahl der Genossenschaften und der landwirtschaftlichen Betriebe sei zwar rückläufig, deren Größe nehme aber zu.

Aktuell seien noch 285.000 Landwirtschaftsbetriebe vorhanden; im Jahr 1949 waren es noch 1,64 Millionen Betriebe. Seit 1990 habe sich die Anzahl der Genossenschaften um etwa 80 Prozent verringert – der Strukturwandel, betonte Masselink, gehe eben auch an den Genossenschaften nicht vorbei.

Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung

„Trotzdem ist ihre Bedeutung nach wie vor groß, denn durch die gleichberechtigte Zusammenarbeit verschiedener Akteure vor Ort gewährt die Genossenschaft einen wirksamen Schutz vor fremden Interessen“, konstatierte er.

Die Unternehmensverfassung sei demokratisch, die Genossenschaft außerordentlich insolvenz sicher und deren Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung wichtige Säulen. „Wenn wir auf den globalen Märkten weiterhin unseren Förderauftrag erfüllen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass finanzielle Stärke, effiziente Prozesse und Strukturen, Markt- und Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit sowie Führungsqualität und Kompetenz noch mehr Gewicht bekommen“, betonte der Heidesand-Chef.

Mit an der Tagung teilgenommen hatten auch die beiden neugewählten heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Eike Holsten und Marco Mohrmann. Letzterer machte in seinen

Ausführungen deutlich, dass gesellschaftliche Akzeptanz für die Landwirtschaft zu einem Standortfaktor werde. Im Rahmen einer aktuellen Umfrage unter 625 Landwirten im Elbe-Weser-Raum sei festgestellt worden, dass 299 Landwirte einen Hofnachfolger hätten und 80 Prozent von ihnen eine Weiterführung des Betriebes empfehlen würden.

„Gründe für die vorgesehene Betriebsaufgabe sind vielfältig“

214 Betriebe hätten jedoch Angaben zur Betriebsaufgabe in den kommenden zehn Jahren gemacht. „Die Gründe für die vorgesehene Betriebsaufgabe sind vielfältig“, so Mohrmann. „Umweltauflagen, Investitionsstau, die Baugesetzgebung, Kritik der Gesellschaft, Arbeitsbelastung, Dokumentationsflut und auch das unzureichende Wolfsmanagement wurden genannt.“ Nur 240 Betriebe würden ihr Fortbestehen als realistisch einschätzen. Das seien nur 38,4 Prozent. Man erkenne somit deutlich, dass der Strukturwandel fortgesetzt werde.

Angesichts der Tatsache, dass der Elbe-Weser-Raum für Milchviehbetriebe hervorragende Standortbedingungen biete, der vor- und nachgelagerte Bereich sehr stark und die Aus- und Fortbildungssituation besonders gut sei, müsse man das Ergebnis als erschreckend bezeichnen. Die Politik habe dieses Signal aufzunehmen, denn es handele sich hier um eine Vertrauenskrise. „Wir müssen deshalb verloren gegangenes Vertrauen zwischen Landwirten, Verbrauchern und Politik zurückgewinnen.

Das steht auch exakt so im Koalitionsvertrag. Und jeder, der es verstehen will, erkennt hier auch die klare Absage an den bisherigen Landwirtschaftsminister, der leider viel Porzellan zerschlagen hat“, betonte Mohrmann. Ganz wichtig sei es, dass die Politik wieder hinter der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit stehe. Denn nur dann könne sich die Landwirtschaft auch um gesellschaftliche Akzeptanz kümmern, sonst fehle dafür schlicht die Kraft und auch die Überzeugung.

„Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen werden wir nicht erreichen, die oft nur ihre Kundschaft bedienen und im Idealfall Spenden sammeln wollen.“ Allerdings werde die Politik in Niedersachsen Stalleinbrüche nicht mehr dulden. Schwerpunktmäßig wolle man den Wasserschutz und die Verbesserung der Artenvielfalt behandeln. Die Nutztierhaltung solle weiterentwickelt werden bis hin zur Einrichtung eines Tierwohlkompetenzzentrums und einer breit angelegten Nutztierstrategie. - hu

©Rotenburger Kreiszeitung